

Kali-Entscheidung nicht vor 2022

Konzern will Neustart nicht vor gerichtlicher Klärung vorantreiben – und hat mehr Zeit

Von Tarek Abu Ajamieh

Giesen. Vor einer Entscheidung über eine Wiederinbetriebnahme des Bergwerks Siegfried-Giesen will der Düngemittel-Konzern Kali + Salz (K+S) abwarten, wie das Verwaltungsgericht Hannover über mehrere Klagen gegen die Genehmigung entscheidet. Das hat Pressesprecher Ulrich Göbel jetzt auf HAZ-Anfrage erklärt. „Bei einem Projekt dieser Größenordnung“ werde K+S kaum von der Möglichkeit Gebrauch machen, auf Basis der vorliegenden Genehmigung zu starten, so lange das Thema nicht juristisch geklärt ist.

So deutlich hatte sich K+S dazu nicht bisher erklärt. Und tatsächlich ist das Vorgehen nicht selbstverständlich: Bei der umstrittenen Abdeckung der Kalihalde in Wathlingen bei Celle, gegen de-

ren Gestaltung es vor Ort erhebliche Widerstände gibt, hatte K+S nicht abgewartet und war das Risiko eingegangen, bereits erledigte Baumaßnahmen wieder rückgängig machen zu müssen.

„Der Neustart eines Bergwerks ist aber eine andere Dimension“, betont Göbel. „Bei so einem Vorhaben muss wirklich ganz klar sein, wie die Rahmenbedingungen



Der Giesener Kaliberg: Bis klar ist, ob das Bergwerk wieder in Betrieb geht, dürften noch Jahre vergehen.

FOTO: HAZ-ARCHIV/CHRIS GOSSMANN

sind – das betrifft einmal die Lage und damit die Nachfrage auf dem Weltmarkt, aber auch die lokalen Vorgaben, die Einfluss auf die Kosten und damit die Wirtschaftlichkeit des Projektes haben.“

Allerdings hat K+S auch keinen Zeitdruck. Zwar hat das Unternehmen grundsätzlich nach der Genehmigung fünf Jahre Zeit, um über die Wiederinbetriebnahme zu entscheiden und damit zu beginnen. Von dieser Frist sind nun gut anderthalb Jahre vergangen. Doch tatsächlich gilt der Fünf-Jahres-Zeitraum erst von dem Moment an, in dem die Genehmigung rechtskräftig ist. Das wäre sie bald nach Erteilung gewesen, wenn niemand geklagt hätte. Doch das taten die Gemeinden Giesen und Harsum, der BUND und die Bürgerinitiative Giesen-Schacht, zwei Landwirte-Verbände sowie die Wasser- und

Schiffahrtsverwaltung des Bundes.

Rechtskräftig wird die Genehmigung nun erst dann, wenn das Gericht über die Klagen entschieden hat. Damit ist nicht vor dem Jahr 2022 zu rechnen. Und danach könnte es noch zu Berufungen oder anderen Rechtsmitteln kommen. Nach dem gegenwärtigen Stand hat K+S also mindestens bis 2027 Zeit, sich über seine Absichten in Giesen klar zu werden.

Unterdessen ist K+S an anderer Stelle ein Durchbruch gelungen. Der Konzern verkauft seine Aktivitäten in Nord- und Südamerika für rund 2,7 Milliarden Euro. Damit kann das Unternehmen massiv Schulden abbauen und seinen finanziellen Spielraum erweitern. Die Aktie reagierte mit einem Kurssprung von 14 Prozent auf die Nachricht.